

Deutsche Minderheit

BDN-Finanzen: Solidarität ist weiter gefragt



BDN-Generalsekretär Uwe Jessen setzt im kommenden Jahr weiter auf die Solidarität aller BDN-Verbände. Foto: Karin Riggelsen

Trotz Energiekrise, Inflation und steigender Personalkosten, muss die deutsche Minderheit im laufenden Jahr mit demselben Betrag aus Berlin auskommen wie im vergangenen Jahr. Viele Unsicherheitsfaktoren, die beim BDN-Generalsekretär Uwe Jessen dennoch keine Sorgenfalten verursachen.

Der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) kann in diesem Jahr mit demselben Geldbetrag aus Berlin planen wie im vergangenen Jahr: 10,55 Millionen Euro für institutionelle Förderung und 1,014 Millionen Euro für Investitionsmaßnahmen.

„Wir freuen uns natürlich, dass wir die gleichen Mittel wieder bekommen“, sagt BDN-Generalsekretär Uwe Jessen, der aber auch ergänzt, dass „etwas mehr schön gewesen wäre“.

Im vergangenen Haushalt hatte die Minderheit eine Erhöhung der Mittel um 300.000 Euro für steigende Personalkosten bewilligt bekommen. Angesichts steigender Inflation und Energiekosten hatte der BDN auf dieselbe Erhöhung auch für dieses Jahr gehofft, doch daraus wurde nichts.

„Wir hoffen jetzt, dass wir im Haushalt 2024 für Personalausgaben 500.000 Euro mehr bekommen können. Erste politische Gespräche in Berlin haben wir dafür bereits für Januar geplant“, so der Generalsekretär. Insgesamt plant der BDN für dieses Jahr mit einem Haushalt von rund 400 Millionen Kronen.

Mehr Treffen für eine gerechtere Verteilung

Anders als die Zuwendung vom Bundesinnenministerium aus Berlin sind die Zuschüsse vom dänischen Staat, den dänischen Kommunen sowie vom Land Schleswig-Holstein über mehrere Jahre festgelegt und deshalb planbarer. Da die steigenden Ausgaben durch Inflation, sich verändernde Energiepreisen und Personalkosten weitestgehend nicht kalkulierbar sind, will der BDN noch genauer auf die Verteilung der Mittel an die verschiedenen Verbände

achten. Um dies praktisch umzusetzen, wird der Verbandsausschuss, in dem alle Vorsitzenden und Leiter der Verbände der deutschen Minderheit vertreten sind, in diesem Jahr dreimal tagen, statt sich nur einmalig zu treffen.

Wichtig ist dies laut Jessen vor allem deswegen, weil die einzelnen Verbände des BDN unterschiedlich abhängig vom Geld aus Berlin sind, da einige, wie unter anderem die Schulen oder Büchereien, direkte Gelder aus Kopenhagen oder den Kommunen erhalten und andere, wie etwa der Nordschleswigsche Ruderverband, komplett auf die Mittel des Bundesinnenministeriums angewiesen sind.

Solidarität ist gefragt

Der Generalsekretär berichtet, dass bereits Anträge von einigen Verbänden auf mehr Mittel wegen steigender Energiekosten eingegangen seien, diese aber vom Vorstand abgelehnt wurden. „Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass sich die Preise ständig verändern. Aktuell sind sie zum Beispiel wieder gefallen. Deshalb haben wir nicht den Sinn gesehen, jetzt jemandem mehr Geld zu geben, denn wenn wir dem einen etwas geben, müssen wir dem anderen etwas wegnehmen. Wir werden die Lage im Auge behalten und bei den Verbandsausschusstreffen dann besprechen, wie wir Lösungen finden“, so Uwe Jessen.

Unsichere Zeiten also, die viel Solidarität der BDN-Verbände untereinander erfordern werden. Dass es dabei zu Problemen kommen wird, glaubt der Generalsekretär nicht.

„Ich erwarte nicht, dass es da Konflikte geben wird. Die Minderheit ist intakt. In der Corona-Zeit haben wir gesehen, wie solidarisch alle sind und dass jeder bereit ist, für den anderen mit in die Bresche zu springen, wenn dies notwendig ist“, so Jessen.